

Das Potsdamer Protokoll

Bestimmungen

"Die alliierten Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk hat begonnen, Sühne zu leisten für die furchtbaren Verbrechen, die unter der Führung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden."

Besetzung
Deutschlands

"Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten werden in Übereinstimmung miteinander in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen treffen, die notwendig sind, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."

Ausrottung
des Militarismus

Ziele der Besetzung Deutschlands

1. *"Völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Beseitigung der gesamten deutschen Industrie, die für die Kriegsproduktion genutzt werden kann, oder Kontrolle über sie";*

Entmilitarisierung

2. Vernichtung der *"nationalsozialistischen Partei, ihrer Zweigeinrichtungen und der von ihr kontrollierten Organisationen"*, Auflösung *"aller nazistischen Einrichtungen"*;

Entnazifizierung

3. *"Eine endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben"*;

Demokratisierung

4. Bestrafung von Kriegsverbrechern;

5. Entfernung von *"Mitgliedern der nazistischen Partei, die mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben"*, aus verantwortlichen Stellungen;

6. Kontrolle des Bildungswesens;

- | | |
|---|-------------------|
| 7. Neugestaltung des Gerichtswesens <i>"entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichberechtigung der Bürger"</i> ; | Gerichtswesen |
| 8. Neuorganisation der Verwaltung in Deutschland <i>"in Richtung auf eine Dezentralisierung der politischen Struktur und der Entwicklung eines Verantwortungsbewußtseins auf lokaler Ebene"</i> . | Dezentralisierung |

Die wirtschaftlichen Ziele

- | | |
|--|--|
| 1. die <i>"Vernichtung des deutschen Kriegspotentials"</i> , d. h. <i>"die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln"</i> ; | Vernichtung des deutschen Kriegspotentials |
| 2. die Kontrolle der <i>"Produktion von Metallen und chemischen Produkten, des Maschinenbaus"</i> und Beschränkung dieser Produktionszweige auf den Stand <i>"friedlicher Nachkriegsbedürfnisse"</i> ; überschüssige Produktionskapazitäten sind entweder zu demontieren oder zu vernichten; | Kontrolle von Wirtschaft und Industrie |
| 3. die Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft <i>"mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft"</i> ; | Dezentralisierung der Wirtschaft |
| 4. eine alliierte Kontrolle der deutschen Wirtschaft; | |
| 5. den Aufbau eines deutschen Verwaltungsapparates. | |
| Um diese Ziele zu erreichen, sollte Deutschland <i>"während der Besatzungszeit ... als eine wirtschaftliche Einheit"</i> betrachtet werden. | wirtschaftliche Einheit |

Die Entnahme von Reparationen stand nach Abschnitt IV jeder Besatzungsmacht zunächst nur aus ihrer eigenen Zone zu. Zusätzlich sollte die Sowjetunion aus den Westzonen 15 % der zur Demontage anstehenden Industrieanlagen gegen Lieferung von Nahrungsmitteln, Kohle etc., dann weitere 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Demontagen zu Reparationszwecken waren innerhalb von zwei Jahren abzuschließen.	Reparationen
---	--------------

Abschnitt VII betraf die Verfolgung von Kriegsverbrechern durch ein alliiertes Gerichtsverfahren, Abschnitt VIII die österreichischen Verhältnisse. Bestrafung von Kriegsverbrechern

Abschnitt VI enthält die sowjetische Forderung nach der Stadt Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen, die Westmächte sichern hier zu, die sowjetische Forderung auf der Friedenskonferenz zu unterstützen. Königsberg

Abschnitt IX enthält zunächst die Vereinbarungen über die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit, dann die über die künftige Westgrenze Polens. Polen

Die Regierungschefs *"stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete [östlich der Oder-Neiße-Linie] unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone ... betrachtet werden sollen"*. Dt. Ostgebiete

Texte:

Basic Documents 1941 – 49 S. 34ff

<http://www.yale.edu/lawweb/avalon/decade/decade17.htm>

Die Potsdamer Abkommen. Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949. Mit einem Vorwort v. Stefan Doernberg. Berlin (Ost): Staatsvlg. d. DDR, 1970.

http://www.nachkriegsdeutschland.de/potsdamer_konferenz_verlaubarung.html nach: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 13-20.

weitere Quellen zur Konferenz:

Weltkriege und Revolutionen 1914 – 1945 S. 575ff.